



## VFB-Informationen - Sonderausgabe zur Landtagswahl 2023

### Fragen an die im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien und die Antworten der Fraktion der Freien Wähler in Bayern:

1. Werden Sie die Stellung der Freien Berufe und das System der beruflichen Selbstverwaltung auf nationaler und europäischer Ebene stärken?

*Freie Berufe sind eine wichtige Säule unserer Gesellschaft. Insbesondere auf europäischer Ebene werden freiberufliche Dienstleistungen jedoch im Hinblick auf den Berufszugang streng reglementiert und hohe Anforderungen an eine Berufszulassung gestellt. Wir FREIE WÄHLER Bayern wollen die freiberuflichen Strukturen in Deutschland erhalten und Qualität im Rahmen des nationalen Berufszugangsrechts sichern. Als FREIE WÄHLER bekennen wir uns ausdrücklich zur freiberuflichen Selbstverwaltung als Garant für Qualität und Verbraucherschutz. Neben dem Erhalt der Berufskammern darf das Fremdkapitalverbot für die Freien Berufe nicht in Frage gestellt werden, um den Einfluss berufsfremder Interessen zur Wahrung der Unabhängigkeit in der Ausübung der Freien Berufe zu vermeiden.*

Unterstützen Sie die Bestrebungen der bisher nicht verkammerten Freien Berufe nach einer stärkeren Selbstverwaltung?

*Eine freiberufliche Selbstverwaltung sichert aus unserer Sicht grundrechtliche Frei- und Gestaltungsräume. Freie Berufe erbringen essenzielle Leistungen und sind somit ein elementarer Baustein für das gesellschaftliche Zusammenleben im Freistaat. Berufskammern formieren gesellschaftliche Kräfte und verleihen ihnen eine Stimme, indem fachbezogene Expertise gebündelt wird. Eine stärkere Selbstverwaltung der bisher nicht verkammerten Freien Berufe fördert im Rahmen selbstorganisierter mitgliedschaftlicher Strukturen demokratische Entscheidungsprozesse und ermöglicht die Bildung einer sozialen Einheit für alle Menschen, die in der Gesellschaft gemeinsam die gleiche Leistung erbringen.*

2. Die 251.519 Selbstständigen der Freien Berufe versorgen die Bevölkerung sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Bei den Freien Berufen ist ein Trend zum Angestelltenverhältnis zu beobachten. Werden Sie Maßnahmen zur Förderung der Selbstständigkeit ergreifen, um diesem Trend entgegenzusteuern?

*Die Freien Berufe erbringen aufgrund ihrer hohen und spezifischen Qualifikationsanforderungen ihre Leistung persönlich, eigenverantwortlich und fachlich unabhängig. Zu ihrem Kernprofil gehören ihre Professionalität, die Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl sowie eine strenge Selbstkontrolle und Eigenverantwortlichkeit. Aus diesem Grund stehen wir zum qualifikationsgebundenen Berufszugang, zur Gewährleistung der bestehenden Kosten- und Honorarverordnungen, insbesondere für Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte, sowie zur Sicherung mittelstandsfreundlicher Vergabeverfahren für Architektinnen und Architekten sowie Ingenieurinnen und Ingenieure. Gleichzeitig wollen wir die Honorar- und Gebührenordnungen an die neuen Anforderungen und die tatsächliche*

*Kostenentwicklung anpassen und werden diese Entwicklung auf Landesebene konstruktiv begleiten, da die Gebührenordnungen für Freie Berufe vor allem auf bundespolitischer Ebene geregelt werden. Die Gebührenhöhe soll sicherstellen, dass unabhängige und qualitativ hochwertige Leistungen zu bezahlbaren Preisen erbracht werden können.*

*Als FREIE WÄHLER nehmen wir wahr, dass sich die Berufskammern insbesondere auf die bayerischen Großstädte fokussieren. Im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen befürworten wir daher eine stärkere Ausrichtung auf alle Regionen im Freistaat.*

3. Die Freien Berufe sichern mit ihren kleinteiligen Strukturen die Daseinsvorsorge vor Ort. Zunehmend werden jedoch freiberufliche Aufgaben der Daseinsvorsorge durch gewerbliche Anbieter übernommen. Werden Sie Maßnahmen ergreifen, dieser Entwicklung entgegenzutreten?

*Die Freien Berufe sind eine wichtige und bewährte Stütze unserer Gesellschaft. Insofern werden sich die FREIEN WÄHLER Bayern auch in der kommenden Legislaturperiode für ihre Stärkung einsetzen. Auch wenn es insgesamt zu wenige Studienplätze für Humanmedizin gibt, ist der Anteil der Medizinstudentinnen hoch, so dass gerade für die ärztliche Niederlassung moderne Modelle entwickelt werden, die Vereinbarkeit einer eigenen Praxis mit einer Familiengründung ermöglichen. Auf diese Weise werden Anreize für den Schritt in die Selbstständigkeit gesetzt und es bleibt weniger Raum für gewerbliche Anbieter.*

3.1. Unterstützen Sie Maßnahmen zur Reduzierung der Zunahme von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in der Trägerschaft von Managementgesellschaften und privaten Klinikkonzernen, die sich ihrerseits im Eigentum von Finanzinvestoren, meist Private-Equity-Gesellschaften, befinden?

*Investoren haben den Gesundheitsbereich als lohnendes Anlageziel entdeckt, das hohe Renditen verspricht. Aber gerade einer Entwicklung, bei der ganze Versorgungsbereiche in einer Hand sind, sehen wir als FREIE WÄHLER sehr kritisch. Derartige Oligopolbildungen müssen im Interesse einer patientenorientierten Versorgung unterbunden werden. Wir FREIE WÄHLER lehnen investorengeführte MVZ ab.*

*Dem Trend, dass immer weniger Medizinstudierende beabsichtigen, eine eigene Praxis zu gründen, treten wir mit der Förderung der Selbstständigkeit und Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegen.*

3.2. Stehen Sie ein für die notwendige Trennung von Planen und Bauen und verhindern damit eine Verlagerung der Auftragsvergabe an Generalunter- und Übernehmer?

*Die Planung vom Bauen abzutrennen, schützt vor Fehlern, wenn der Planer unabhängig die Bauausführung überwachen und Ausführungsfehler korrigieren kann. Daher sehen wir FREIE WÄHLER Bayern ein wichtiges Korrektiv in der Trennung von Planung und Bauen. Zudem wird eine zusammengefasste Vergabe von Planungs- und Bauleistungen an einen einzigen Generalauftragnehmer nicht unseren kleinteilig strukturierten Unternehmen in Planung und in den Bauhauptgewerben gerecht. Auch die Nutzung digitaler Methoden beim Planen und Bauen ermöglicht eine Trennung der verschiedenen Leistungen. Wir als FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass öffentliche Aufträge so vergeben werden, dass kleine und mittlere Unternehmen Teilaufträge übernehmen können, dass die erforderliche digitale Infrastruktur flächendeckend für alle Unternehmen verfügbar gemacht wird und dass der Trend zu digitalen Methoden in der beruflichen Bildung berücksichtigt ist.*

4. Können Sie detaillierte Zusagen zu Bürokratieentlastungen für die Freien Berufe anhand von Beispielen geben?

*Die Freien Berufe tragen in Bayern zur Entwicklung und Sicherung des Gemeinwesens bei und versorgen die Bevölkerung mit notwendigen Dienstleistungen hoher Qualität. Zudem sind sie auch ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor und ein verlässlicher Partner in vielen Bereichen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens. Der Abbau von Bürokratie ist für uns seit Jahren ein zentrales Anliegen. Übermäßige und unnötige Bürokratie als eine der großen Belastungen für unsere Wirtschaft hat zur Folge, dass Freiberuflerinnen und Freiberufler als Einzelne oft nicht mehr bestehen können. Wir FREIE WÄHLER setzen uns daher grundlegend für einen Bürokratieabbau ein, der alle Wirtschaftsbereiche und ganz konkret auch die Freien Berufe unterstützt. Beispielsweise haben wir im Rahmen unserer Regierungsbeteiligung im Freistaat Bayern die Bayerische Bauordnung novelliert mit dem Fokus, Baukosten durch weniger Bürokratie und mit vereinfachten Antragsverfahren billiger, einfacher und schneller zu machen (z.B. Dachgeschoßausbau und digitaler Bauantrag).*

5. Das Jahresdurchschnittseinkommen der 57.140 Soloselbstständigen der Freien Berufe im Kulturbereich liegt bei ca. 15.000 Euro. Der gesamten Kreativwirtschaft mangelt es an verbindlichen Honorarvereinbarungen bzw. anerkannten Mindesthonoraren. Unterstützen Sie diese Forderung?

*Gerade Künstlerinnen und Künstler im Bereich der Bildenden Kunst sind mit ihren Werken an einer Vielzahl von Ausstellungen beteiligt, werden für die öffentliche Nutzung dieser Leistung aber nur selten entsprechend bezahlt. Einer Einführung von verbindlichen Mindesthonoraren, beispielsweise analog zum Berliner Modell, stehen wir daher grundsätzlich positiv gegenüber. Im Übrigen haben nicht nur Berlin, Hamburg und Brandenburg bereits entsprechende Maßnahmen umgesetzt, um es ausstellenden Einrichtungen zu ermöglichen, Vergütungen zu zahlen, auch weitere Bundesländer haben die Initiative ergriffen und planen, die Förderung von Kultureinrichtungen künftig an Mindesthonorare für Künstlerinnen und Künstler zu knüpfen. Wir unterstützen daher die Forderung von anerkannten Mindesthonoraren für vom Land geförderte oder in kommunalen Galerien stattfindende Ausstellungen, da mit ihnen die Leistung der Künstlerinnen und Künstler entsprechend entlohnt werden könnte und Mindesthonorare zugleich als Zeichen der Wertschätzung und Würdigung dienen würden.*

6. Werden Sie dafür sorgen, dass Förderprogramme auch für die Freien Berufe geöffnet werden, z.B. im Bereich der Digitalisierung der Digitalbonus Bayern?

*Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme passgenau für die jeweiligen Zielgruppen, bei denen Förderbedarf gesehen wird, ausgestaltet werden. Außerdem gestalten wir die Bayerischen Förderprogramme komplementär zu den Instrumenten des Bundes, damit möglichst viele Bundesmittel nach Bayern geholt werden.*

*Ziel des bayerischen Förderprogramms „Digitalbonus“ ist es, in der gewerblichen Wirtschaft eine Beschäftigung mit möglichen Digitalisierungsschritten anzuregen und vorzeitige Investitionen auszulösen. Mit dem Digitalbonus sollen vor allem die Betriebe erfasst werden, bei denen eine Digitalisierung hohe Effizienzgewinne eröffnen kann. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen liegt in durchgängigen Unternehmensprozessen und digitalen Produktionsketten im Unternehmen und zwischen den Unternehmen. Das trifft besonders auf Produktions- oder Handwerksbetriebe zu. Dagegen steht in den Freien Berufen die Person des Berufsausübenden im Vordergrund und kein gewerblicher Produktionsprozess.*

*Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bietet mit dem Förderprogramm „Digital Jetzt“ bereits eine Fördermöglichkeit, von der auch die Angehörigen der Freien Berufe profitieren können. Daher sehen wir hier aktuell keinen Handlungsbedarf auf bayerischer Ebene.*